



**Geschäftsführung
Gesundheitsausschuss**

Frau Fuchsberger-Meyer

Telefon: (0221) 221-24646

Fax: (0221) 221-22755

E-Mail: evelyne.fuchsberger-meyer@stadt-koeln.de

Datum: 08.07.2010

Niederschrift

über die **Sitzung des Gesundheitsausschusses** in der Wahlperiode 2009/2014 am Dienstag, dem 08.06.2010, 17:00 Uhr bis 18:55 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theoburauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Michael Paetzold SPD

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Cornelia Schmerbach	SPD
Frau Ursula Gärtner	CDU
Herr Dr. Jürgen Strahl	CDU
Frau Katrin Barion	GRÜNE
Herr Stefan Peil	GRÜNE
Frau Bettina Houben	FDP

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Frau Jana Schiele	Pro Köln
Frau Uschi Röhrig	Die Linke.Köln

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Thomas Jentgens	SPD
Herr Dr. Jürgen Zastrow	CDU
Herr Thomas Eichmüller	auf Vorschlag der Grünen

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Michaela Diers	AIDS-Hilfe Köln e.V.
Frau Uta Grimbach-Schmalfuß	Sozialverband Deutschland e.V. Bezirk Köln-Leverkusen- Rhein-Erftkreis
Herr Dr. Martin Theisohn	auf Vorschlag der Seniorenvertretung

Verwaltung

Frau Magna Becker	Bezirksregierung Köln als Vertreter der Schulen
Frau Beigeordnete Marlis Bredehorst	
Frau Dr. Anne Bunte	Vertreterin der Gesundheitsverwaltung
Frau Carolin Herrmann	
Herr Stadtdirektor Guido Kahlen	
Herr Bernd Kiefer	
Herr Prof. Dr. Dr. Alex Lechleuthner	
Herr Stephan Neuhoff	
Frau Johanna Preßmar-Cuber	
Herr Bernd Rosenberger	
Frau Dr. Sabine van Eyck	Vertreterin der Gesundheitsverwaltung
Herr Dr. Robert Wegner	Vertreter der Gesundheitsverwaltung

Schriftführerin

Frau Evelyne Fuchsberger-Meyer

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Sabine Stiller	auf Vorschlag der CDU
Herr Robert Gaida	auf Vorschlag der FDP

Ausschussvorsitzender RM Herr Paetzold begrüßt alle Anwesenden zur 5. Sitzung des Gesundheitsausschusses in der Wahlperiode 2009/2014. Er fragt die Aus-

schussmitglieder, ob es Einwände zu der von der Verwaltung vorgelegten erweiterten Tagesordnung gäbe.

Der Gesundheitsausschuss ist mit den von der Verwaltung vorgeschlagenen Ergänzungen einverstanden und legt die Tagesordnung wie folgt fest:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

A. Verpflichtung von sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern gemäß § 5 der Hauptsatzung

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

2.1 Anfrage der CDU-Fraktion vom 11.03.2010 gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates AN/0525/2010
1616/2010

2.2 Anfrage der CDU vom 11.03.2010, gem § 4 Geschäftsordnung des Rates AN/0526/2010
1621/2010

2.3 Uranmessungen im Trinkwasser hier: Anfrage von RM Herrn Peil in der Sitzung am 27.04.2010
2094/2010

2.4 Auffälliger Alkoholkonsum in den Stadtbezirken während der Karnevalstage
2173/2010

- 2.5 Fachtagung "Traumatische Erfahrungen in der Lebensgeschichte alter Menschen - erkennen, verstehen,..." fand sehr großen Anklang
hier: Anfrage von RM Frau Gärtner in der Sitzung des Gesundheitsausschusses am 27.04.2010
2258/2010
- 3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 4.1 Maßnahmenkatalog gegen die Ausbreitung multiresistenter Keime
AN/0791/2010
- 4.2 Maßnahmenkatalog gegen die Ausbreitung von Noroviren
AN/0792/2010
- 5 Beschlussvorlagen**
- 6 Mitteilungen**
- 6.1 Vorstellung des Sachgebietes Kinder- und Jugendgesundheitsdienst des Gesundheitsamtes
- 6.2 Persönliches Budget beim Rehabilitationsträger: Amt für Soziales und Senioren
Bericht für das Jahr 2009
1495/2010
- 6.3 Fachtagung und öffentliche Podiumsdiskussion aus Anlass des Weltgesundheitstages am 07.04.2010 zum Thema "Gesundheitsförderung in Städten - Armut und Gesundheit"
1697/2010

- 6.4 Anfrage der CDU-Fraktion zu "Brandbrief der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege"
1579/2010
- 6.5 Einhaltung des Nichtraucherschutzgesetzes (NiSchG NRW) - statistische Daten
1844/2010
- 6.6 Neuer Stadtteilrundgang durch Köln-Bickendorf erschienen
2079/2010
- 6.7 Auswertung der Notarzteinsatzfahrzeug (NEF) Versorgung im Stadtbezirk 8 KALK nach der Verlagerung des NEF 8 vom KH Merheim als NEF 10 zur Feuer- und Rettungswache 10 und Ergebnis der Realfahrtzeitmessung von der Feuer- und Rettungswache 8 nach Brück und Rath/Heumar (Standortplanung)
2181/2010
- 6.8 Sachstand Kölner Anlaufstelle für Drogenabhängige KAD II
hier: Anfrage von SE Herrn Klein in der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren am 06.05.2010
2261/2010
- 6.9 PFT-Funde im Grundwasser und in Baggerseen zwischen Immendorf und Meschenich
2182/2010

7 Mündliche Anfragen

- 7.1 Krankenhausumlage
- 7.2 Seniorenmesse in Köln-Kalk

I. Öffentlicher Teil

A. Verpflichtung von sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern gemäß § 5 der Hauptsatzung

Ausschussvorsitzender RM Herr Paetzold verpflichtet Herrn Thomas Jentgens und Herrn Dr. Martin Theisohn zu sachkundigen Einwohnern.

Er weist darauf hin, dass der Personalbogen aus der Informationsmappe ausgefüllt und unterschrieben an das Büro des Oberbürgermeisters zurückgesandt werden müsse.

1 Gleichstellungsrelevante Themen

Keine

2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

2.1 Anfrage der CDU-Fraktion vom 11.03.2010 gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates AN/0525/2010 1616/2010

RM Frau Schmerbach fragt die Verwaltung, ob ermittelt werden könne, wie viele Personen diese Angebote erreichen und wie die Wirksamkeit sei.

Frau Dr. Bunte erläutert, dass die Zahl der HIV-Infektionen sich seit 2007 stabilisiert hätte. Es sei ein aufwändiges Verfahren notwendig, um die Erreichbarkeit der Personen zu ermitteln, da u.a. alle Berichte daraufhin analysiert werden müssten. Da die Zahlen derzeit stabil blieben, könne davon ausgegangen werden, dass die Maßnahmen greifen und daher wirksam seien.

RM Frau Gärtner hält die Beantwortung der Anfrage für eine gute Grundlage für die anstehenden Haushaltsplanberatungen. Bei Bedarf werde sie erneut auf die Verwaltung zukommen.

**2.2 Anfrage der CDU vom 11.03.2010, gem § 4 Geschäftsordnung des Rates
AN/0526/2010
1621/2010**

RM Frau Gärtner hat derzeit keine weiteren Fragen, bittet aber die Verwaltung, den Ausschuss zu informieren, wenn die Einrichtung der Schule in der Kinder- und Jugendpsychiatrie Holweide realisiert werde.

RM Frau Schmerbach spricht das Patenprojekt für psychosozial belastete Familien an, deren Finanzierung bis 2011 gesichert sei. Sie verweist auf ihre Anfrage im Ausschuss Soziales und Senioren am 06.05.2010.

Der Landschaftsverband habe erklärt, dass eine weitere Unterstützung nach 2011 nicht mehr erfolge könne und es eigentlich eine Aufgabe der Kommune sei. Frau Schmerbach bedauert es, wenn das wichtige Patenprojekt eingestellt werden müsste. Sie möchte von der Verwaltung wissen, wie sich die Kosten zusammensetzen.

Frau Dr. Bunte erläutert, dass das Patenprojekt ein eigenständiges Projekt des Landschaftsverbandes sei. Weder der Gesundheitsbereich noch der Sozial- und Jugendbereich seien dort mit eingebunden. Mittel sähe der Haushalt der Stadt Köln deshalb auch nicht vor. Unabhängig davon sei natürlich die Unterstützung der Kinder von sucht- und psychisch kranken Eltern ein wichtiges Element der Prävention.

RM Herr Peil fragt nach, ob durch die freiwillige Leistung des Landschaftsverbandes kostspielige Heim- bzw. Familienunterbringungen vermieden werden.

Frau Dr. Bunte bestätigt dies und ergänzt, wenn Elternteile akut in die Klinik kommen und die Kinder nicht entsprechend unterstützt werden, haben sie nach Auffassung von Psychiatern ein noch höheres Risiko, selbst zu erkranken.

Frau Beigeordnete Bredehorst bietet an, dass die Verwaltung den Landschaftsverband bitten würde, eine kurze Darstellung der Situation zur Verfügung zu stellen. Diese werde dann dem Gesundheitsausschuss zur Kenntnis gegeben.

Die Ausschussmitglieder sind mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

**2.3 Uranmessungen im Trinkwasser hier: Anfrage von RM Herrn Peil in der
Sitzung am 27.04.2010
2094/2010**

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

**2.4 Auffälliger Alkoholkonsum in den Stadtbezirken während der Karne-
valstage
2173/2010**

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

RM Frau Schmerbach begrüßt die Bestrebungen der Bezirksjugendpflege, derzeit Möglichkeiten auszuloten, wie die dezentralen Angebote für Jugendliche an Weiberfastnacht in den Bezirken vor Ort mit den vorhandenen Mittel verstärkt werden können. Sie bittet die Verwaltung zu gegebener Zeit, den Gesundheitsausschuss über die Vorgehensweise zu informieren.

**2.5 Fachtagung "Traumatische Erfahrungen in der Lebensgeschichte alter Menschen - erkennen, verstehen,..." fand sehr großen Anklang hier: Anfrage von RM Frau Gärtner in der Sitzung des Gesundheitsausschusses am 27.04.2010
2258/2010**

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Keine

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

**4.1 Maßnahmenkatalog gegen die Ausbreitung multiresistenter Keime
AN/0791/2010**

**4.2 Maßnahmenkatalog gegen die Ausbreitung von Noroviren
AN/0792/2010**

Die beiden Tagesordnungspunkte werden zusammen behandelt.

SB Frau Houben erläutert kurz die Wichtigkeit der FDP-Anträge.

RM Frau Gärtner verweist darauf, dass sich der Gesundheitsausschuss in den letzten Jahren regelmäßig mit diesen Themen befasst habe. Ihre Fraktion sei über diese Anträge irritiert, da davon ausgegangen werde, dass die Verwaltung von sich aus tätig werde.

Frau Dr. Bunte bestätigt die Bedeutung der beiden Probleme. Neben der Tatsache, dass es natürlich wichtig sei, Informationsmaterial für die verschiedenen Zielgruppen verfügbar zu haben, sei es schwierig, eine Vernetzung zu erreichen.

Sie berichtet, dass sich um das Institut für Hygiene der Universität Bonn (Herr Professor Exner) eine Gruppe von 6 Kreisen und der Stadt Bonn gebildet habe, die gemeinsam zunächst für einen Zeitraum von vier Jahren Infomaterialien erarbeiten sowie Fortbildungen für Pflegedienste, Krankenhäuser, niedergelassene Ärzte und Rettungsdienste anbieten wollen. Sofern die Finanzierung bis Ende August stehe, sei vorgesehen, zum 01.09.2010 eine Stelle zu besetzen, um mit den notwendigen Koordinierungsaufgaben zu beginnen.

Das Gesundheitsamt Köln sei bemüht, sich diesem Netzwerk oder auch einen der anderen Netzwerke anzuschließen, was allerdings auch eine entsprechende, bisher nicht im Budget des Gesundheitsamtes berücksichtigte Kostenbeteiligung an einem Netzwerk bedeute.

SE Herr Dr. Zastrow möchte von der Verwaltung wissen, ob es auf der städtischen Homepage Verhaltensregeln beim Auftreten von MRSA, Noroviren und anderen problematischen Keimen gäbe.

Frau Dr. Bunte bejaht dies für Meningokokken. Das Gesundheitsamt empfehle grundsätzlich, sich an den Empfehlungen des Robert-Koch-Institutes zu orientieren, da diese regelmäßig aktualisiert würden, was das Gesundheitsamt weder personell noch fachlich in dieser Qualität leisten könne.

Nach einer weiteren Diskussion über die Zurverfügungstellung von Informationen bekräftigt SB Frau Houben das Hauptziel der FDP - Initiative, das Gesundheitsamt bei seinen Bemühungen zu unterstützen sowie dem Wunsch, für Fachleute, Betroffene und Angehörige Informationsblätter bzw. Handlungsanweisungen zur Verfügung zu stellen.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold fragt Frau Houben, ob sich damit die beiden Anträge erledigt hätten.

SB Frau Houben bestätigt dies.

SB Frau Barion bittet die Verwaltung, dem Gesundheitsausschuss kontinuierlich zu diesen Themen einen Bericht vorzulegen.

5 **Beschlussvorlagen**

6 **Mitteilungen**

6.1 **Vorstellung des Sachgebietes Kinder- und Jugendgesundheitsdienst des Gesundheitsamtes**

Herr Dr. Wegner, Leiter des Sachgebietes Kinder- und Jugendgesundheitsdienst sowie seine Stellvertreterin Frau Dr. van Eyck stellen anhand einer Powerpoint-Präsentation das Sachgebiet vor.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold bedankt sich für die interessanten und aufschlussreichen Darstellungen und bittet, die Folien der Präsentation der Niederschrift beizufügen (*Anlage 1*).

Im Rahmen dieses Vortrages wird auch die Befristung der Kinder- und Jugendpsychiatrischen Beratungsstelle angesprochen, die zu einer längeren Diskussion führt.

RM Herr Peil bittet um Beantwortung folgender Fragen:

1. Gibt es eine Evaluation des Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienstes?
2. Ist eine Fortführung der Kinder- und jugendpsychiatrischen Beratungsstelle geplant?
3. Kann die Verwaltung eine Einschätzung (Kosten-Nutzenrechnung) vornehmen, was es im Hinblick auf Erziehungshilfen, stationäre Maßnahmen oder ähnlichem bedeute, wenn es diesen Dienst nicht mehr gäbe

RM Frau Gärtner weist darauf hin, die Politik könne es nicht hinnehmen, dass eine Pflichtaufgabe nicht mehr wahr genommen werde. Ihrer Fraktion sei natürlich klar, dass die finanziellen Schwierigkeiten dabei nicht unbeachtet bleiben können.

Herr Dr. Wegner teilt zu Frage 1 von Herrn Peil mit, dass es für die Kinder- und Jugendpsychiatrische Beratungsstelle bisher keine Evaluation gäbe. Dies erfolge bisher kostenfrei nur für die Clearingstelle durch Herrn Professor Coninx vom Institut für Audiopädagogik der Universität Köln. Mit dem Institut für Gesundheitsökonomie und Klinische Epidemiologie der Universität Köln (Leiter Herr Professor Lauterbach) sei im

Zusammenhang mit Versorgungsforschungsaspekten ebenfalls eine Evaluation vorgesehen.

Frau Dr. Bunte bemerkt zu Frage 3 von Herrn Peil, eine Kosten-Nutzenrechnung sei in diesem Bereich äußerst schwierig. Hier könne man nur die Fallbeispiele aufgreifen und Schlussfolgerungen daraus ziehen.

Zur Aussage von Frau Gärtner bekräftigt Frau Dr. Bunte, dass es sich bei der Kinder- und Jugendpsychiatrischen Beratungsstelle um eine Pflichtaufgabe des Gesundheitsamtes handele.

Frau Beigeordnete Bredehorst erklärt, dass bisher noch kein Konsens innerhalb der Verwaltung hergestellt werden konnte. Daher war es nicht möglich, die vorgesehene Beschlussvorlage zur Fortführung der Beratungsstelle auf die Tagesordnung der heutigen Ausschusssitzung zu setzen.

Frau Becker vom Schulamt, Fachaufsicht Sonderpädagogische Förderschulen, weist darauf hin, dass mit dem Wegfall der Beratungsstelle ein wesentlicher Präventionsbaustein, der Kinder und Jugendliche vor härteren Maßnahmen bewahren könne, verloren ginge. Es sei ganz wichtig, im Interesse der betroffenen Kinder, dass die Beratungsstelle in der personellen Kontinuität fortgeführt werde und die Kooperation zwischen dieser, dem Jugendamt und den Sonderpädagogen weiter stattfinden könne.

RM Frau Gärtner gibt der Verwaltung zu bedenken, mit dem vorhandenen Personal verantwortlich umzugehen, zumal es sich um eine Pflichtaufgabe handele. Hier müsse aufgrund ablaufender Fristen brandeilig gehandelt werden. Es könne nicht angehen, dass aufgrund der noch anstehenden Entscheidung zum Doppelhaushalt bestehende Strukturen zerschlagen werden.

RM Herrn Peil ist bewusst, dass es schwierig sei, solche Vorgriffe auf den Haushalt vorzunehmen. Seine Fraktion sei der Überzeugung, dass trotz der Einsparnotwendigkeiten die Beratungsstelle erhalten bleiben muss, da dieser Dienst dazu beitrage, Kosten an anderen Stellen einzusparen. Sollte dafür ein Dringlichkeitsbeschluss notwendig sein, kann er sich vorstellen, dass seine Fraktion dazu bereit wäre.

Alle Ausschussmitglieder stimmen überein, dass die Erfüllung der Pflichtaufgabe auf jeden Fall aufrecht erhalten werden muss. Politik und Verwaltung haben lange darauf hingearbeitet, dass die Angebote der Clearingstelle und der Kinder- und Jugendpsychiatrischen Beratungsstelle etabliert werden konnten.

RM Herr Paetzold, RM Herr Peil und RM Frau Gärtner bitten im Namen des Gesundheitsausschusses die Verwaltung, bis zur nächsten Ratssitzung, trotz der angespannten Haushaltssituation, eine entsprechende Beschlussvorlage zu erstellen, mit dem Ziel, die Kinder- und Jugendpsychiatrische Beratungsstelle

des Gesundheitsamtes in der bisherigen Zusammensetzung unbefristet fortzuführen.

RM Herr Paetzold und RM Herr Peil weisen außerdem darauf hin, dass die Fraktionen SPD und Die Grünen die Erhaltung dieses Dienstes in ihrem Koalitionsvertrag festgeschrieben haben und die Verwaltung Wege finden muss, dies umzusetzen.

Alle Ausschussmitglieder sind abschließend der Überzeugung, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Beratungsstelle durch die gute Arbeit dazu beitragen, dass an anderen Stellen Kosten vermieden werden.

**6.2 Persönliches Budget beim Rehabilitationsträger: Amt für Soziales und Senioren
Bericht für das Jahr 2009
1495/2010**

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Frau Herrmann vom Amt für Soziales und Senioren erläutert die vorliegende Mitteilung.

RM Herr Peil bemerkt dazu, so gut die Idee des Persönlichen Budgets sei, das weiterhin unterstützt und fortgeführt werden müsse, so zeige sich doch, dass die behinderten Menschen sich überfordert fühlten und kapitulierten.

RM Frau Gärtner bestätigt die Aussagen von Herrn Peil. Die grundsätzliche Überlegung sei sinnvoll. Umso mehr sei es jedoch zu bedauern, dass es nicht einen größeren Anklang fände.

Die Verwaltung weist auf die ausliegenden Broschüren zum Persönlichen Budget hin.

**6.3 Fachtagung und öffentliche Podiumsdiskussion aus Anlass des Weltgesundheitstages am 07.04.2010 zum Thema "Gesundheitsförderung in Städten - Armut und Gesundheit"
1697/2010**

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

6.4 Anfrage der CDU-Fraktion zu "Brandbrief der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege" 1579/2010

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

6.5 Einhaltung des Nichtraucherschutzgesetzes (NiSchG NRW) - statistische Daten 1844/2010

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

6.6 Neuer Stadtteilrundgang durch Köln-Bickendorf erschienen 2079/2010

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Ausschussvorsitzender RM Herr Paetzold bedankt sich bei der Verwaltung für den weiteren Stadtteilrundgang.

RM Frau Schmerbach fragt nach, ob es den Flyer in einer größeren Auflage gäbe und ob er über die Seniorennetzwerke etc. verteilt werde, da nicht alle Seniorinnen und Senioren einen Internetzugang haben.

Frau Dr. Bunte weist darauf hin, dass der Flyer in einer ausreichenden Anzahl zur Verfügung stehe und verteilt werde. Das Internet stelle nur eine weitere Zugangsmöglichkeit dar.

Frau Beigeordnete Bredehorst ergänzt, dass Frau Meißner die Rundgänge mit den örtlichen Seniorennetzwerken entwickelt habe und diese auch bei der Verteilung der Flyer behilflich seien.

**6.7 Auswertung der Notarzteinsatzfahrzeug (NEF) Versorgung im Stadtbezirk 8 KALK nach der Verlagerung des NEF 8 vom KH Merheim als NEF 10 zur Feuer- und Rettungswache 10 und Ergebnis der Realfahrtzeitmessung von der Feuer- und Rettungswache 8 nach Brück und Rath/Heumar (Standortplanung)
2181/2010**

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Herr Prof. Dr. Dr. Lechleuthner vom Rettungsdienst der Berufsfeuerwehr erläutert die vorliegende Mitteilung.

**6.8 Sachstand Kölner Anlaufstelle für Drogenabhängige KAD II
hier: Anfrage von SE Herrn Klein in der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren am 06.05.2010
2261/2010**

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Der Ausschussvorsitzende Herr Paetzold bedauert, dass der Ausschuss erst jetzt von der Eröffnung erfahren habe.

Frau Beigeordnete Bredehorst teilt mit, dass eine Eröffnungsveranstaltung geplant sei, zu der auch die Ausschussmitglieder eingeladen werden.

**6.9 PFT-Funde im Grundwasser und in Baggerseen zwischen Immendorf und Meschenich
2182/2010**

Der Gesundheitsausschuss nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Herr Kiefer, Leiter der Abteilung Immissionsschutz, Wasser- und Abfallwirtschaft, erläutert die vorliegende Mitteilung.

Die Verwaltung rechne Ende dieser, Anfang nächster Woche mit den Untersuchungsergebnissen. Danach setze die umweltmedizinische Beratung auf Wunsch der Betroffenen durch das Gesundheitsamt ein.

Frau Dr. Bunte ergänzt, den betroffenen Nutzern solle ein Human-Biomonitoring, wie bereits bei den PFT-Funden in den Einzelbrunnen im Umfeld von Godorf/Hahnwald,

angeboten werden. Erste Erfahrungen wurden an der Möhne gesammelt, als dort der sogenannte Biodünger Industrieabfälle enthielt und zu einer PFT-Belastung der Möhne und des Trinkwassers in dieser Region geführt habe.

SE Herr Dr. Theisohn fragt die Verwaltung, ob es Hinweise auf PFT-Funde im Fühlinger See und im Vingster See gäbe.

Herr Kiefer erklärt, er habe heute Morgen erfahren, dass die Werte in allen Badeseen unter dem Vorsorgewert lägen.

7 Mündliche Anfragen

7.1 Krankenhausumlage

RM Herrn Peil fiel bei Durchsicht des Haushaltsplanplanes auf, dass es dort im Gesundheitsbereich eine Position *Krankenhausumlage*, die mit 11,2 Millionen Euro ausgestattet sei, gäbe. Er möchte von der Verwaltung wissen, was sich dahinter verberge und auf welcher Grundlage diese Position in den Haushalt eingestellt wurde.

Die Verwaltung sagt eine Antwort zu.

7.2 Seniorenmesse in Köln-Kalk

SE Herr Dr. Theisohn teilt den Ausschussmitgliedern und der Verwaltung mit seiner Frage mit, dass am 12. Juni 2010 in Kalk eine Seniorenmesse stattfindet.